



KLARE KANTE

Zeitung der Fraktionsgemeinschaft FWG Wiesbaden | PRO AUTO – Die Bürgerlichen!



Christian Hill

Vorwort

Klare Kante gegen Ideologie und Unvernunft – Für eine bürgernahe (Verkehrs)Politik!

Liebe Wiesbadener und Wiesbadenerinnen,

fast fünf Jahre hat unsere Fraktionsgemeinschaft FWG/PRO AUTO nun in Ihren Diensten gestanden. Über 200 eigene Anträge und Anfragen haben wir in dieser Zeit für Sie in die städtischen Gremien eingebracht. Darunter auch viele, die das heikle Thema Verkehr betrafen.

Wir haben uns klar gegen Straßensperrungen, Vernichtung von Parkplätzen, Tempolimits auf Hauptstraßen und Schikanen wie z.B. die Pflöcknerampel ausgesprochen. Stattdessen kämpften wir für die Reaktivierung der Aartalbahn, einen Ausbau der Ländchesbahn und eine ideologiefreie, bürgernahe Politik.

Ein Abbiegeverbot am Landeshaus, unsinnige Fußgängerzonen und Fahrradstraßen in der Innenstadt, aber auch Wahnsinnsprojekte wie

das sogenannte 'Ostfeld' sind mit uns nicht zu machen. Hier haben wir immer eine klare Kante gezeigt und uns nicht beirren lassen. Das gleiche gilt auch für eine Citybahn, die immer noch von unverbesserlichen Kreisen gefordert wird, obwohl eine große Mehrheit unserer Bevölkerung diese abgelehnt hat. Hier sind wir weiterhin wachsam und vertreten die Interessen der Bürger.

Wir sind stolz darauf, Ihnen auch in Zukunft eine unabhängige, deutlich formulierte Politik zu bieten, mit der Sie sich als Wiesbadener identifizieren können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gute Zeit

Ihr Christian Hill,

stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Auszug aus dem INHALT

Seite 2

Fahrdienste in Wiesbaden zum Nachteil des Taxigewerbes unterschiedlich gehandelt

Seite 4

Aartalbahn lässt auf sich warten – Citybahn lauert im Hintergrund

Seite 5

Schülerlotsen für Wiesbadener Schulen

Seite 6

Wiesbaden wird zur Schneckenstadt



Petermartin Oschmann

stellv. Fraktionsvorsitzender

Fotos: Tricky Shark - stock.adobe.com, Robert Poorten - stock.adobe.com

Wirtschaft

Fahrdienste in Wiesbaden zum Nachteil des Taxigewerbes unterschiedlich gehandelt

Klare Kante!

„Faire

Bedingungen

für alle

Fahrdienste!“

Wie die Fraktion FWG/PRO AUTO immer wieder betont, ist Ziel ihrer politischen Arbeit, sich intensiv mit den Themen sachlich auseinanderzusetzen, die für die Wähler von hohem Interesse sind.

So haben wir im städtischen Wirtschaftsausschuss den Antrag gestellt, die Stadt möge darlegen, wie sie sich zum Thema „UBER-Portal“ stellt und ob sie in diesem Zusammenhang bereit ist, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln das örtliche Taxigewerbe zu unterstützen.

Tatsächlich findet auch hier in Wiesbaden zurzeit ein ruinöser Wettbewerb zwischen den verschiedenen Fahrdienstleistern, die über das „UBER-Portal“ ihre Kundschaft akquirieren, und den herkömmlichen Taxiunternehmen, statt.

Dabei spielt der Preis der einzelnen Fahrt eine wichtige Rolle. Der für eine UBER-Fahrt ist in der Regel günstiger als der behördlich festgelegte Preis für eine Taxifahrt.

Das Problem ist der Verwaltung aus verschiedenen Gesprächen mit den Taxiunternehmen, wie im Ausschuss mitgeteilt wurde, bekannt. Sie wird auch deshalb verschärft

UBER-Fahrer kontrollieren. Gleichfalls wird sie in einem Gutachten klären lassen, welche rechtlichen Möglichkeiten ihr zur Verfügung stehen, um eine Lösung herbeizuführen. Nicht außer Acht gelassen werden darf, dass die herkömmlichen Taxiunternehmen auch teilweise Aufgaben des öffentlichen Nahverkehrs übernehmen, aus der sie entsprechende Rechte herleiten können.

Für unsere Fraktion stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob ein Mindestbeförderungsentgelt das geeignete Instrument ist, wie es schon in anderen Kommunen geregelt wurde. Sollte dies rechtlich möglich sein, würden wir dies unterstützen. Die Diskussion im Ausschuss zeigte im Übrigen, dass es zu diesem Thema keine einheitliche Meinung in den anderen Fraktionen gibt. □



Verkehr

Abbiegespur am Landeshaus wieder dicht!

Christian Hill

Ja, sie haben es wieder getan: Die Linkskooperation im Rathaus hat die Abbiegespur in Richtung Biebrich am Wiesbadener Landeshaus erneut gesperrt.

Über drei Monate hatte es die Möglichkeit für Autofahrer, vom 1. Ring aus direkt auf die Biebricher Allee zu fahren, gegeben. Und zwar ohne Probleme. Nach meinen Informationen kam es zu keinen Unfällen mit Radfahrern oder Bussen, die an dieser Stelle geradeaus unterwegs waren.

Stattdessen wurde der Verkehrsfluss deutlich gesteigert, das Dichterviertel vom Durchgangsverkehr entlastet und tausende Kilometer an unnötigen Umwegen über eine Schleife am Bahnhof eingespart. Damit ist jetzt leider wieder Schluss. Die autofeindliche Ideologie hat sich bei den Verantwortlichen durchgesetzt.

Übrigens könnte man einen Radweg in diesem Bereich wunderbar auf den Mittelinseln des 1. Rings installieren (ebenso z.B. auf der Rheinstraße). Dies ist aber leider politisch nicht gewollt. So bleibt ganz klar unsere Forderung, die Abbiegespur am Landeshaus dauerhaft zu öffnen. Und zwar jetzt! □

Klare Kante!

„Abbiegespur

sofort öffnen!“

Foto: fidaolga - stock.adobe.com



Christian Bachmann

Fraktionsvorsitzender

Politik

Unfairer Umgang mit den Minderheitenrechten –

Ausschluss von Informationen

Das Fragerecht ist häufig das einzige Mittel, wie auch bei der Veranstaltung zu den Migrationsverbänden zu sehen war, an Informationen zu kommen. So sieht die Geschäftsordnung die Frage nach § 46 vor, d.h. die Fragestunde zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung oder nach § 45, d.h. die schriftliche Beantwortung der Frage innerhalb einer Frist von 4 Wochen. Aktuelles Beispiel: Wir fragten nach, welche Medienpartner (Influencer u. ä.) für die Stadt arbeiten und was die denn bekommen?

Die Anfrage wurde eingereicht am 31.08.2025. Wie der geneigte Leser jetzt unschwer feststellen kann, wäre die Frist am 21.08. zu Ende gewesen. Kurz vor dem Ende bat die Verwaltung um eine Verlängerung der Frist um weitere 4 Wochen.

Dies zu einem Vorgang, der recht unkompliziert ist (Man muss nur die Öffentlichkeitsarbeit fragen oder das Buchungskonto in SAP auswerten) und auch nicht sonderlich „geheimnisbedürftig“ (Außer es stünden Personen drauf, die besser nicht draufstünden). Bereits am 04.09. wurde um Fristverlängerung bis zum 15.11. (in Worten: FÜNFZEHNTE NOVEMBER) gebeten, d.h. knapp 3 Monate nach Einreichung. So geht man mit einer aktiven Fraktion im Stadtparlament, die eben nicht den Draht zu den Dezernaten und Ämtern hat, nicht um. Hier geht es um den Schutz der Minderheiten und die Behinderung unserer politischen Arbeit!

Wir sagen: Eine Regierung wird auch daran gemessen, wie sie mit Minderheiten umgeht – in diesem Fall ist das Bild desaströs und für die Kooperation beschämend! □

Klare Kante!

„Politische Arbeit

nicht behindern“



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender

Symbolbild

Mobilität

Aartalbahn lässt auf sich warten – Citybahn lauert im Hintergrund

Bad Schwalbach



Wiesbaden

Seit über einem halben Jahr gibt es keine neuen Informationen zur geplanten Reaktivierung der Aartalbahn zwischen Wiesbaden und Bad Schwalbach. Dies ist insofern merkwürdig, da alle Beteiligten parteiübergreifend immer betonen, dass sie für dieses wichtige Verkehrsprojekt sind. Auch eine hervorragende Kosten-Nutzen-Prognose, die deutlich den Mehrwert der Aartalbahn zeigt und auch hohe Fördermittel erwarten lässt, unterstreicht dieses Ansinnen. Das Problem ist jedoch, dass es in Hintergrund immer noch unverbesserliche Anhänger der Citybahn gibt, die einfach keine Ruhe geben. Die Parteien der Linkskooperation im Rathaus sprechen sich immer deutlicher für einen weiteren Anlauf des von den Bürgern 2020 mit großer Mehrheit abgelehnten Projektes aus.

Die Aartalbahn würde auf der Normalspur der Deutschen Bahn fahren und so mit dem großen Streckennetz kompatibel sein. Die Citybahn wäre hingegen eine Schmalspurbahn, deren Schienen nicht mit der Aartalbahn verbunden werden könnten. Die Reaktivierung der Aartalbahn stellt also eine Art Todesstoß für die Citybahn dar. Und deswegen wird hier von interessierten Kreisen wohl Sand ins Getriebe gestreut. In Hinterzimmern werden höchstwahrscheinlich Strippen gezogen, die Aartalbahn zu

verhindern. Beweisen kann man das leider nicht, aber durchaus vermuten. Besonders pikant wird das Ganze, wenn man bedenkt, dass die CDU/SPD-Landesregierung die Hessische Gemeindeordnung geändert hat und so ein weiterer bindender Bürgerentscheid zur Citybahn faktisch nicht mehr möglich ist. Eine eklatante undemokratische Einschränkung der Rechte der Bürger und Wähler!

Das bedeutet, die kommende Stadtverordnetenversammlung entscheidet allein über eine eventuelle Einführung der Citybahn. Es gibt dann keine Möglichkeit mehr für die Bürger, dies zu verhindern. Die nächste Kommunalwahl am 15. März 2026 ist also ein finaler Bürgerentscheid für oder gegen die Citybahn und für oder gegen die Aartalbahn. Das sollte jeder Wähler wissen. □

Klare Kante!

„Ja zur

Aartalbahn,

nein zur

Citybahn!“

Sicherheit

Schülerlotsen für Wiesbadener Schulen –

Verbesserung der Schulwegsicherheit

Petermartin Oschmann

Im April 2025 hatten wir einen Antrag zur Problematik der Elterntaxis gestellt. Hierzu gab es im Nachgang erfreulicherweise Kontrollen durch die Stadtpolizei. Dabei wurde eine Vielzahl von Regelverstößen festgestellt. Darüber hinaus gab es konkrete Maßnahmenempfehlungen der Stadtpolizei an die Eltern, um die Sicherheit der Kinder nicht (unnötig) zu gefährden.

In diesem Zusammenhang sehen wir die Implementierung von Schülerlotsen als eine hilfreiche Maßnahme an. Dies würde neben

dem Aspekt der Verkehrssicherheit auch das Selbstwertgefühl und den Zugang zu ehrenamtlicher Arbeit stärken.

Hierzu hatten wir einen Antrag im Ausschuss Frauen, Gleichberechtigung und Sicherheit gestellt, der inzwischen einstimmig angenommen ist."

Infos zum Antrag:

<https://piwi.wiesbaden.de/antrag/detail/3556252>



Foto: Gerhard Seybert - stock.adobe.com

Stadtplanung

Bebauung im Ostfeld verhindern –

Endlich Vernunft walten lassen

Christian Hill

Unbeirrt betreiben SPD, Grüne, CDU und FDP im Rathaus das Wahnsinnprojekt der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) Ostfeld (zwischen Erbenheim und Kastel) weiter.

Der Plan, Tausende, nicht unbedingt günstige Wohnungen direkt neben einem Militärflugplatz, der in den nächsten Jahren sicher noch wachsen wird, zu errichten, ist geradezu verantwortungslos. In einer Zeit, in der Punkte wie Sicherheit und Lärmbelastung eine immer größere Rolle spielen, ist dies schlichtweg der falsche Standort für eine neue Wohnbebauung.

Hinzu kommt der immer noch nicht geklärte Streit mit den Eigentümern der Grundstücke. Hier geht es unter anderem um wichtige landwirtschaftliche Flächen, die wir zur Nahversorgung unserer Bevölkerung dringend

benötigen. Die Stadt will den Besitzern teilweise nur einen lächerlichen Preis für ihr Land zahlen, um später selbst ein Vielfaches dafür zu fordern. Es drohen sogar Enteignungen, die wir grundsätzlich ablehnen.

Trotzdem liegen die Prognosen mittlerweile bei einem zu erwartenden Defizit von weit über 200 (!) Millionen Euro. Ein Betrag der ständig noch ansteigt. Geld, das Wiesbaden nicht hat. Daher ist es wichtig, dieses Fass ohne Boden zu stoppen.

Ungeklärt ist weiterhin auch die zwingend vorgeschriebene Schienenanbindung des Areals. Hier gibt es bislang keine konkreten Vorschläge. Zu befürchten ist eine Straßenbahn, die bekanntlich mehrheitlich von den Wiesbadener Bürgern abgelehnt wurde. Eine Citybahn durch die Hintertüre wird es mit uns nicht geben! □



Foto: Karolis Kavalelis/Shutterstock.com
Symbolbild

focus finder - stock.adobe.com Symbolbild

Klare Kante!

„Ostfeld

stoppen!“



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender

Verkehr

Wiesbaden wird zur Schneckenstadt



Seit 2024 gilt auf vielen Hauptstraßen Wiesbadens ein Tempolimit von Tempo 30/40. Darunter sind auch sehr große Straßen, wie z.B. der 1. Ring und die Schiersteiner Straße. Jahrzehntlang hat sich eine Tempolimit von 50 km/h auf innerörtlichen Hauptstraßen bewährt. Es ist allseits akzeptiert und gewährt einen zügigen Verkehrsfluss. Die nun geltenden Einschränkungen in Wiesbaden sind wieder einmal vor allem ideologisch geprägt. Hauptsache die Autofahrer werden schikaniert. Dafür schreckt man noch nicht einmal vor fadenscheinigen Begründungen für das Tempolimit zurück, wie z.B., dass Wiesbaden eine Kurstadt sei. Denn in der Vergangenheit hat die Linkskooperation im Rathaus nicht unbedingt viel für den Kurstadtstatus Wiesbadens getan, wie die Vermüllung und Vernachlässigung unserer Innenstadt sehr deutlich machen.

Stattdessen werden die Tempolimits noch ausgeweitet. So kam kürzlich eine Beschränkung auf 30 km/h auf Biebrichs Hauptstraßen hinzu. Eine Nacht und Nebel-Aktion, in die noch nicht einmal der Ortsbeirat eingeweiht war.

Auch die Argumentation einer Lärmminimierung kann man hier nicht gelten lassen. Niedertourig fahrende Autos sind nämlich oft lauter als diejenigen, welche in höheren Gängen unterwegs sind. Wirklichen Rasern (auch illegalen Autorennen) wird man nicht mit Tempo-30-Schildern Herr, sondern durch bessere Kontrollen. Alles andere ist eine Gängelung der ordentlichen Bürger, die einfach nur von A nach B kommen wollen. Ideologisch basierte, rein schikanöse Tempobeschränkungen auf Hauptstraßen lehne ich daher entschieden ab und sie sollten schnell wieder rückgängig gemacht werden. □

Klare Kante!

„Keine

ideologischen

Tempolimits!“

Aktive Fraktion – zum Wohle der Stadt über 200 Anträge!

2021
13 Anträge

Im Laufe der Wahlperiode 2021 - 2026 hat unsere Fraktion bislang über 200 Anträge (Anträge, Ergänzungsanträge, Änderungsanträge, fraktionsübergreifende Anträge, Fragen und Anfragen) gestellt. Davon war bei über 165 Anträgen unserer Fraktion der alleinige Antragsteller.

2022
24 Anträge

2024
46 Anträge

2023
35 Anträge

2025
47 Anträge

2026

Beispiele unserer Anträge

- Kontrolle von E-Tretrollern
- Abbiegespur Landeshaus
- Erhalt des Frühlingsfest
- Gewalt im Fußball
- Rhein-Main-Link
- Ausstattung der Stadtpolizei mit Distanzwaffen
- Erhalt des Künstlerhauses 43
- Mülltrennung in Wiesbaden
- Senkung der Gewerbesteuer



Hier können Sie
weiterlesen!

Schlusswort

Stellen Sie sich die Frage:

Geht es Ihnen besser als vor 5 Jahren?

Knapp 5 Jahre haben wir nun eine konstruktive Oppositionsarbeit geleistet. Dabei haben wir über 200 eigene Anträge gestellt, noch eine Vielzahl an Änderungsanträgen eingebracht oder auch gemeinsame Anträge mit anderen Fraktionen gestellt.

Dabei ist es uns immer um Wiesbaden und die Bürgerinnen und Bürger gegangen, nie um „Farben“, „Parteien“ bzw. Opposition oder Kooperation. Wir fühlten uns keiner Seite zugeordnet und haben dies auch immer an unserem Abstimmungsverhalten, welches einzig und allein der Bewertung des einzelnen Mandatsträgers bleibt, gezeigt. Mit mir gibt es keinen Fraktionszwang oder Fraktionsdisziplin wie in anderen Fraktionen, weil ich auch für mich die Unabhängigkeit des Mandats als oberste Aufgabe sehe. Dafür wurden wir gewählt.

Mit dieser starken Leistungsbilanz blicke ich mit einem gewissen Stolz und auch einem guten Gefühl auf die letzten knapp 5 Jahre zurück.



Christian Bachmann

Fraktionsvorsitzender

An dieser Stelle möchte ich explizit den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, sowie der Stadtverordnetenversammlung danken, die uns nicht als Gegner, sondern als Impulsgeber gesehen haben und unsere Anträge nicht ablehnten, weil sie von der „falschen Seite“ kamen. Mein Dank gilt darüber hinaus auch meinen beiden Stadtverordnetenkollegen, unserem Magistratsmitglied sowie den Mitarbeitern unserer Fraktionsgeschäftsstelle.

Da dies die letzte Ausgabe unserer Fraktionszeitung vor der Kommunalwahl im März 2026 ist, möchte ich Sie abschließend bitten, sich die Frage zu stellen: Geht es Ihnen besser als vor 5 Jahren? Denken Sie an diese Frage auch bei der Entscheidungsfindung bei der nächsten Kommunalwahl!

Ihr Christian Bachmann
Fraktionsvorsitzender

Für Sie aktiv in Wiesbaden!



Christian Bachmann

Fraktionsvorsitzender



Petermartin Oschmann

stellv.
Fraktionsvorsitzender



Christian Hill

stellv.
Fraktionsvorsitzender



Andreas Ott

Fraktionsgeschäftsführer



Günter Schaefer

Magistratsmitglied



Steffen Günther

Fraktionsreferent

Fraktionsgemeinschaft

FWG
Wiesbaden



**PRO
AUTO**



Die Bürgerlichen!

*Foto Christian Hill: Henning Fox | Mainz

Impressum

Fraktion FWG Wiesbaden/PRO AUTO
Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden

Tel: +49 (0)611 / 31 - 7643
V.i.S.d.P.: Christian Bachmann,
Fraktionsvorsitzender

fraktionsgemeinschaft.fwg-proauto.de
fraktion@fwg-proauto.de

Politische Anzeige: Wir bekommen keine Spenden. / Wir finanzieren die Fraktionszeitung aus Geldern, die uns durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung von der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Verfügung gestellt werden. / Über diese Mittelverwendung können wir „frei“ verfügen.